

Mit Zuckerbrot und Peitsche zum neuen Wohnen im Grünen

Eine erfolgreiche grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt wird es in Deutschland mit Aufklärungsarbeit allein nicht geben. Die Devise für die vor uns liegenden Jahre wird wohl eher Fordern und Fördern, Zuckerbrot und Peitsche lauten.

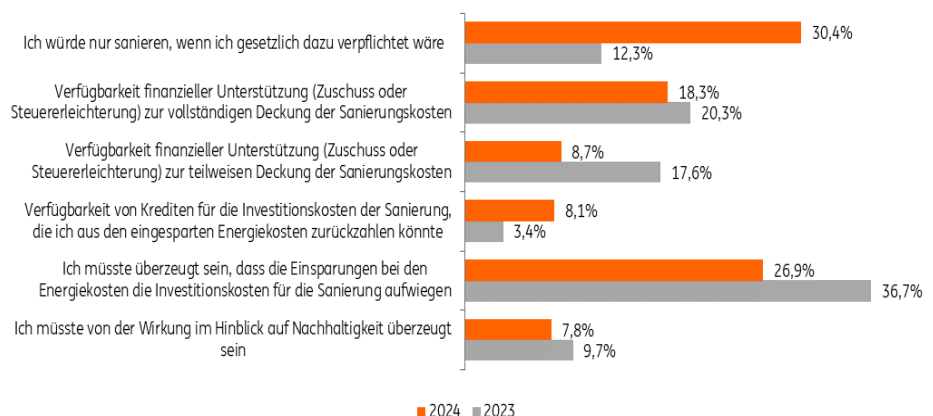
Von einer im Raum stehenden Sanierungspflicht bis hin zu Unsicherheit über künftige Fördermittel – das vergangene Jahr hatte zum Thema „Grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt“ so einiges zu bieten. Deutlich war und ist, dass der Wohnimmobiliensektor ein enormes Potenzial bietet, zur grünen Transformation der Wirtschaft beizutragen. Schließlich entfallen auf den Gebäudesektor nach wie vor 30 Prozent aller Treibhausgasemissionen.

Undeutlich bleibt allerdings weiterhin, wie genau der Weg zum neuen grünen Wohnen gestaltet werden soll. Wenn es nach den Ergebnissen unserer jüngsten ING-Umfrage geht, wird es in Deutschland ohne Zuckerbrot und Peitsche nicht gehen. Mehr als 30 Prozent der Immobilieneigentümer würden Maßnahmen zur energetischen Verbesserung der eigenen Immobilie nämlich nur unter Zwang ergreifen. Ein weiteres Drittel würde den grünen Weg unter der Voraussetzung, dass hinreichend finanzielle Unterstützung bereitgestellt würde, mitgehen.

Fordern und Fördern, Zuckerbrot und Peitsche. Die Erfolgsformel für das Gelingen der grünen Wende am Wohnimmobilienmarkt ist nicht neu. Die Europäische Kommission hat die Peitsche bereits geschwungen – für Deutschland bedeutet dies, dass die durchschnittliche Energieeffizienzklasse bis 2030 von F auf E erhöht werden muss. Ein leichtes Unterfangen dürfte das nicht werden – unter anderem, weil das Gelingen des Vorhabens Investitionen von insgesamt 350 Milliarden bis zu 1 Billion Euro voraussetzt.

Sobald der Knall der Peitsche in Deutschland laut und deutlich zu hören sein wird, muss also auch genügend Zuckerbrot bereitstehen. Sonst wird es nichts mit der grünen Wende am Wohnimmobilienmarkt.

Abb. 1: Bezogen auf Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz der eigenen Wohnimmobilie: „Würden Sie unter bestimmten Umständen Maßnahmen in Betracht ziehen? Bitte wählen Sie Ihre MINDESTANFORDERUNG dafür.“



Quelle: ING Consumer Research

Carsten Brzeski
Chief Economist
Frankfurt +49 69 27 222 64455
Carsten.Brzeski@ing.de

Franziska Biehl
Economist
Frankfurt +49 69 27 222 68035
Franziska.Marie.Biehl@ing.de

Sebastian Franke
Economist
Frankfurt +49 63 27 222 65154
Sebastian.Franke@ing.de

Von einer im Raum stehenden Sanierungspflicht bis hin zu Unsicherheit über künftige Fördermittel – das vergangene Jahr hatte zum Thema „Grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt“ so einiges zu bieten. Mit dem Bruch der Ampelkoalition ist die Unsicherheit über im Raum stehende Maßnahmen, wie das „Gebäudetyp-E-Gesetz“, nun erneut gestiegen. Deutlich war und ist, dass der Wohnimmobiliensektor ein enormes Potenzial bietet, um zur grünen Transformation der Wirtschaft beizutragen. Schließlich entfallen auf den Gebäudesektor nach wie vor 30 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Undeutlich war im vergangenen Jahr allerdings insbesondere die Frage nach der Finanzierung des grünen Vorhabens. Die Ergebnisse einer [ING-Umfrage aus dem November 2023](#) legten nahe, dass die Energieeffizienz einer Wohnimmobilie zwar zum wichtigen Kaufkriterium geworden war, allerdings nur die wenigsten dazu bereit waren, dafür das Portemonnaie zu öffnen. Knapp 38 Prozent der befragten Eigentümer, die in der Vergangenheit noch keinerlei Maßnahmen zur energetischen Sanierung ergriffen hatten, gaben im vergangenen Jahr an, dass eine Sanierung nur dann in Frage käme, wenn die Sanierungskosten teilweise oder vollständig durch Zuschüsse oder Steuererleichterungen gedeckt werden würden. Weitere 37 Prozent gaben an, dass sie vom Einsparpotenzial der Sanierung im Hinblick auf die Energiekosten überzeugt sein müssten, bevor sie loslegen würden.

Die Ergebnisse der letztjährigen Umfrage zeigten außerdem, dass das grüne Sanieren des Wohnimmobilienmarktes ohne entsprechende Regularien ein schwieriges Unterfangen werden dürfte. Damals gaben 12 Prozent der befragten Eigentümer an, dass eine Sanierung nur in Frage käme, wenn es eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung gäbe.

Rund ein Jahr später, mit einer vom Tisch genommenen „Sanierungspflicht“, ist der Anteil derjenigen, die den Weg der grünen Wende am Wohnimmobilienmarkt nur unter Zwang begleiten würden, drastisch gestiegen. Abbildung 1 zeigt, dass der Anteil derer, die in Zukunft energieeffizienzsteigernde Sanierungsmaßnahmen nur in Betracht ziehen würden, wenn sie in die Pflicht genommen würden, in diesem Jahr auf 30 Prozent angestiegen ist. Weder eine Ersparnis bei den Energiekosten noch finanzielle Unterstützung in Form von Förderung oder Steuerersparnissen wären als Anreiz zum grünen Sanieren gleichwertig. Die Ergebnisse unserer diesjährigen ING-Umfrage legen also nahe, dass die grüne Wende des deutschen Wohnimmobilienmarktes scheinbar nur gelingen kann, wenn es deutliche Ansagen von oben gibt.

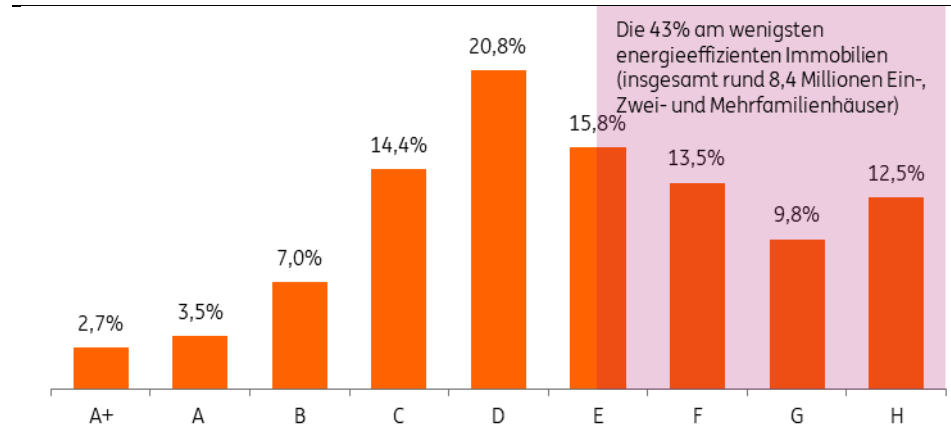
Die Peitsche ist geschwungen – nur der Knall ist noch nicht zu hören

Eine deutliche Ansage von ganz oben gab es allerdings bereits vor rund einem halben Jahr. Zwar war die Europäische Kommission von ihrem Ziel, dass alle Wohnimmobilien in der EU bis 2033 mindestens das Energielabel D tragen sollen, bereits im vergangenen Jahr abgerückt. Allerdings verabschiedete sie im April dieses Jahres die Novelle der EU-Gebäuderichtlinie EPBD (Energy Performance of Buildings Directive). Und stellte damit die Weichen für mehr Regulatorik im Bereich „Grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt“.

Die Novelle der EPBD sieht vor, dass der durchschnittliche Primärenergieverbrauch des gesamten Wohnimmobilienbestands, gemessen in kWh/m²a, bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2020 um 16 Prozent reduziert werden soll. Wie eigene Berechnungen zeigen, lag der durchschnittliche Primärenergieverbrauch am deutschen Wohnimmobilienmarkt im Jahr 2020 bei rund 185 kWh/m². Das bedeutet, dass er bis zum Jahr 2030 auf rund 155 kWh/m² reduziert werden soll. Bis zum Jahr 2035 solle der Verbrauch um mindestens 20-22 Prozent abgenommen haben, was einem durchschnittlichen Primärenergieverbrauch von 144 kWh/m²a entspräche. Das bedeutet: Während die durchschnittliche Energieeffizienzklasse von deutschen Wohnimmobilien im Jahr 2020 auf der von A+ bis H reichenden Energieeffizienzskala in etwa bei F lag, soll sie in den kommenden fünf Jahren auf E reduziert werden.

Nicht nur einen zeitlichen Rahmen spannte die Europäische Kommission mit der Novelle der EPBD. Sie legte außerdem fest, dass 55 Prozent der Primärenergieeinsparungen durch die Sanierung der 43 Prozent Wohngebäude mit der schlechtesten Energieeffizienz erzielt werden sollen. Übertragen auf den deutschen Wohnimmobilienmarkt entspricht das allen Wohnimmobilien der Energieeffizienzklassen F, G und H sowie rund der Hälfte der Wohnimmobilien der Energieeffizienzklasse E.

Abb. 2: Häufigkeitsverteilung der Effizienzklassen nach Energiebedarf des deutschen Wohnimmobilienbestands (%)



Quelle: BMWK; dena; ING-Berechnungen

Das Sanieren von insgesamt 8,4 Millionen Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern soll dementsprechend bis zum Jahr 2030 in einer Reduktion des Primärenergieverbrauchs des Wohnimmobiliensektors um rund 65 Milliarden kWh resultieren. Die übrigen 54 Milliarden kWh Primärenergieverbrauchsersparung, die benötigt werden, um den durchschnittlichen Primärenergieverbrauch von rund 185 kWh/m²a im Jahr 2020 auf 155 kWh/m²a im Jahr 2030 zu bringen, dürfen auch durch Sanierungen an anderer Stelle innerhalb der Energieeffizienzskaala erzielt werden.

Der Grundstein für mehr gesetzliche Vorgaben zur grünen Wende am Wohnimmobilienmarkt ist also gelegt. Die Peitsche ist geschwungen. Bis der Knall deutlich zu hören ist, wird es wohl allerdings dauern, bis die EU-Vorschrift auf nationaler Ebene umgesetzt wurde. Und dafür ist noch Zeit bis zum Jahr 2026.

Nicht nur Eigentümer, auch Vermieter werden dann in die Pflicht genommen werden, um dazu beizutragen, die von der Europäischen Kommission vorgegebenen Ziele zu erreichen. Im „Land der Mieter“, mit einer Eigentümerquote von weniger als 50 Prozent, eine nicht zu vernachlässigende Gruppe. Wohl aber eine, die sich in den vergangenen Jahren deutlich zurückgehalten hat, was das Ergreifen von Maßnahmen zur grünen Sanierung betrifft. Nur 30 Prozent der zur Miete wohnenden Befragten gaben in unserer jüngsten ING-Umfrage an, dass von Seiten des Vermieters in den letzten drei Jahren energieeffizienzsteigernde Maßnahmen getroffen wurden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bei einem Mieteranteil von 52 Prozent davon auszugehen ist, dass in den vergangenen drei Jahren an rund 7 Millionen Ein-, Zwei-, und Mehrfamilienhäusern, bzw. an mehr als einem Drittel des deutschen Wohngebäudebestands, keinerlei Schritte in Richtung grünem Wohnen vorgenommen wurden.

Wer fordert, muss auch fördern – denn der grüne Preis bleibt heiß

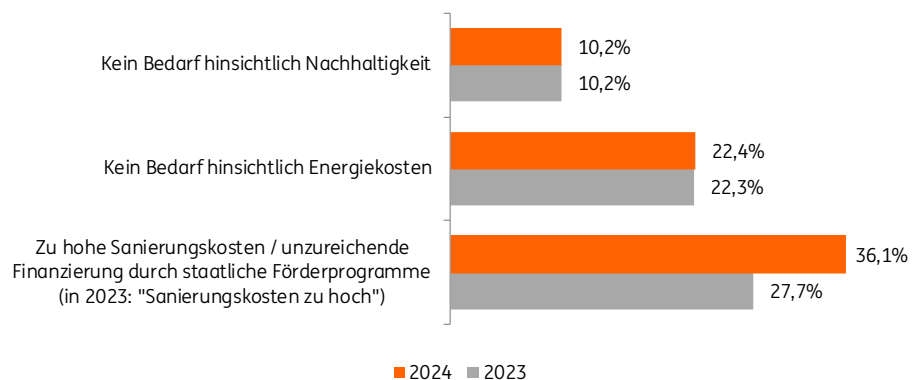
Dass es in Deutschland noch keinen genauen Fahrplan für die grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt gibt, ist allerdings nicht der einzige Grund dafür, dass diese bisher noch nicht weiter an Fahrt aufgenommen hat. Denn die Grüne Wende hat einen Preis, der sich erstmal geleistet werden will. Untersuchungen der Europäischen Kommission zufolge wurden in Deutschland zwischen 2012 und 2016 in jedem Jahr Sanierungen durchgeführt,

die eine durchschnittliche Primärenergieersparnis von 18 kWh/m² zur Folge hatten. Der Kostenpunkt für die nötigen Investitionen lag der Analyse zufolge bei durchschnittlich 112 Euro den m². Der Preis für jede eingesparte Kilowattstunde Energie lag in diesem Zeitraum also bei durchschnittlich 6,20 Euro. Am effizientesten gestalten lässt sich der Weg zum Wohnen im Grünen mit sogenannten „Deep Renovations“, also Sanierungen, die eine Energieersparnis von mindestens 60 Prozent zur Folge haben. Diese kosteten zwischen 2012 und 2016 zwar mit durchschnittlich 306 Euro/m² mehr als sogenannte „Light“ und „Medium Renovations“, die Primärenergieersparnis lag mit durchschnittlich 158 kWh/m² allerdings auch am höchsten. Der Kostenpunkt für eine solch tiefgreifende Sanierung lag damals somit bei 1,90 Euro pro kWh.

In Anbetracht der Preissteigerungen der vergangenen Jahre ist davon auszugehen, dass der Preis der Grünen Wende seit 2016 ordentlich angezogen hat. Um diese Preissteigerung näherungsweise abzubilden, bilden wir einen durchschnittlichen Preisindex aus den Baupreisindizes für Dachdeckungsarbeiten, Klempnerarbeiten, Wärmedämm-Verbundsysteme, Verglasungsarbeiten, Raumluftechnische Anlagen sowie für Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen. Das Ergebnis zeigt, dass die Kosten für die grüne Sanierung heute um rund 56 Prozent höher liegen als noch im Jahr 2016. Um die bis 2030 zu realisierende Primärenergieeinsparung von 118 Milliarden kWh zu realisieren, dürften also Investitionen zwischen 350 Milliarden und 1 Billion Euro fällig werden, je nachdem ob die Ersparnis durch tiefgehende Sanierungen oder kleinteilige Maßnahmen erfolgt. Geht man davon aus, dass neben den 43 Prozent energieineffizientesten Wohnimmobilien Deutschlands auch noch weitere Immobilien zur Ersparnis beitragen werden, bspw. alle Wohnimmobilien der Energieeffizienzklassen D und E, so lägen die durchschnittlichen Kosten für die grüne Sanierung zwischen 25.000 und 76.000 Euro pro Wohnimmobilie.

Eine große finanzielle Herausforderung und die Ergebnisse unserer ING-Umfrage aus dem Oktober 2024 zeigen, dass finanzielle Friktionen entsprechend ein entscheidendes Hindernis bleiben.

Abb. 3: Befragte mit Wohneigentum, die während der letzten drei Jahre keine Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ihrer Immobilie durchgeführt haben: „Was hat Sie davon abgehalten?“ Top 3 Antworten



Ohne Befragte, die bereits in früheren Jahren Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen hatten;
Quelle: ING Consumer Research

Mehr als ein Drittel aller befragten Eigentümer, die in den vergangenen drei Jahren keine Sanierungsmaßnahmen ergriffen haben, gaben an, dass zu hohe Sanierungskosten bzw. unzureichende staatliche Förderung der Grund dafür sei. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der Eigentümer, der zu hohe Kosten als Sanierungshindernis angab, mit rund einem Viertel noch etwas niedriger.

Die Ergebnisse legen nahe, dass die Befragten im Hin und Her um gestoppte und dann wieder aufgenommene Förderprogramme den Überblick verloren haben. Denn Fördermaßnahmen bestehen durchaus. Sowohl für den klimafreundlichen Neubau als auch für

Sanierung und Modernisierung bestehender Gebäude. Neben vergünstigten Kreditkonditionen und Tilgungszuschüssen werden mindestens 15 Prozent der förderfähigen Ausgaben für energetische Sanierungsmaßnahmen von Wohngebäuden gefördert. Im vergangenen Jahr lag der Grundfördersatz noch bei 10 Prozent. Allerdings gab es im Laufe des Jahres, neben Aufstockungen in manchen Bereichen, auch einige Reduktionen in anderen. Wurden im vergangenen Jahr noch 80 Prozent der Kosten für eine Energieberatung übernommen, sind es seit August nur noch 50 Prozent. Der Blick auf die Ergebnisse unserer ING-Umfrage zeigt, dass das Durcheinander im Förderdschungel sowie die partielle Reduzierung des Fördervolumens die Attraktivität des grünen Sanierens ein wenig schmälern dürfte. Denn bei der Frage danach, welche Aspekte staatlicher Förderprogramme für energetische Sanierungen am wichtigsten sind, lag der Anteil derjenigen Befragten, die die Höhe der Sanierung sowie die Verständlichkeit von Förderkriterien als „sehr wichtig“ einstufen, mit 45 bzw. 47 Prozent höher als bei den übrigen Aspekten.

Zudem wurden im vergangenen Jahr etliche Fördermittel einmal auf die Probe gestellt, was der Planungssicherheit nicht gerade zuträglich war. Die aktuelle politische Unsicherheit aufgrund des Bruchs der Ampelkoalition schafft an dieser Stelle wenig Linderung. Zwar beurteilt mit 39 Prozent ein etwas geringerer Anteil der Befragten die Planungssicherheit als „sehr wichtigen“ Aspekt staatlicher Fördermaßnahmen, man nehme allerdings das herausfordernde wirtschaftliche Umfeld sowie die Sorge vor einem möglichen Abkühlen des Arbeitsmarktes hinzu und verdorben ist der fruchtbare Nährboden für etwaige grüne Investitionen. Doch nicht nur die Bereitschaft grüne Investitionen zu tätigen trifft momentan noch immer auf ein schwieriges Umfeld – auch die Bezahlbarkeit für diese bleibt auf relativ niedrigem Niveau.

Zwar sind die Kreditzinsen in den vergangenen Monaten aufgrund der Erwartung an einen stärkeren Zinssenkungszyklus der Europäischen Zentralbank gesunken, die Finanzierungskosten liegen aber weiterhin auf erhöhtem Niveau. Zudem sind die Baukosten zuletzt weiter gestiegen, auch wenn sich das Tempo der Preissteigerung im Vergleich zum vergangenen Jahr ein wenig abgeschwächt hat. Dennoch, in den sanierungsrelevanten Bereichen wie Dachdeckungsarbeiten, Klempnerarbeiten, Verglasungsarbeiten, Wärmedämm-Verbundsysteme oder Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen lagen sie im dritten Quartal dieses Jahres jeweils um rund 50 Prozent höher als im Vergleichsquartal 2019. Zum Vergleich: die Nominallöhne stiegen zwischen dem 2. Quartal 2019 und dem gleichen Quartal in diesem Jahr um 16 Prozent. Das ist zwar fast genug, um die generelle Preissteigerung des gleichen Zeitraums von 20 Prozent auszugleichen, bei weitem aber nicht um den deutlichen Anstieg der Kosten der (grünen) Sanierung zu kompensieren.

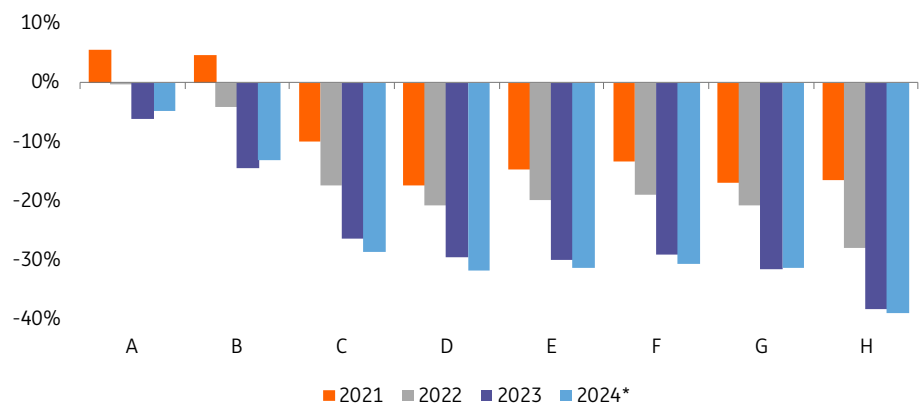
Der „G-Faktor“ ist gekommen, um zu bleiben

Nicht nur der Blick auf die Ergebnisse unserer ING-Umfrage, sondern auch der auf die Preisentwicklung im Bausektor sowie auf die aktuelle wirtschaftliche Lage bestätigen also, dass die Leistbarkeit auf dem Weg zum neuen Wohnen im Grünen nach wie vor ein Hemmschuh bleibt.

Kein Wunder, dass der „Grünheitsgrad“ einer Wohnimmobilie, der „G-Faktor“, im Laufe der vergangenen Jahre zum wichtigen Preistreiber geworden ist. Die Auswertung anonymisierter ING-Daten zeigt, dass die Objektkosten für Wohnimmobilien mit der schlechtesten Energieeffizienzklasse H im Jahr 2024 um durchschnittlich knapp 40 Prozent niedriger lagen als die energieeffizienten Pendanten der Klasse A+. Im Jahr 2021 lag der Preisunterschied noch bei 17 Prozent. Ein schlechtes Energielabel ist also mehr und mehr zum schlagenden Verhandlungsargument für Preisnachlässe beim Immobilienkauf geworden. In Anbetracht der hohen Finanzierungs- und Baukosten stellt sich allerdings die Frage, ob die Ersparnis, die der Kauf einer weniger energieeffizienten Immobilie gegenüber einer

Wohnimmobilie mit gutem Energielabel mit sich bringt, nicht vollständig von den Renovierungskosten aufgezehrt wird.

Abb. 4: Prozentuale Abweichung der Objektkosten pro Energieeffizienzklasse von Energieeffizienzklasse A+



Quelle: ING, *2024 zu Stand Oktober

Umgekehrt hat aber der Preisaufschlag, der für energieeffizientes Wohnen gezahlt wird, in den vergangenen Jahren deutlich zugelegt. Und nicht nur das – im vergangenen Jahr fielen die Immobilienpreise über alle Energieeffizienzklassen hinweg. Nur für jene Immobilien mit dem besonders guten Energielabel A+ wurden auch im ansonsten schwachen Marktumfeld noch steigende Preise beobachtet. Investiert man also in die bereits sanierte Immobilie oder den grünen Neubau statt im Bestand zu renovieren, spart man sich zwar die möglicherweise hohen Sanierungskosten, zahlt aber Aufschlag für den „G-Faktor“ der Immobilie.

Mit voranschreitend verschärfter Regulatorik könnte dieser Preisaufschlag noch weiter in die Höhe getrieben werden. Jeder zweite Befragte unserer jüngsten ING-Umfrage geht davon aus, dass sich die Erschwinglichkeit des Kaufs von energieeffizientem Wohneigentum aufgrund der bevorstehenden strengeren Vorschriften für die Energieeffizienz von Wohneigentum verschlechtern wird. An eine Verbesserung der Leistbarkeit glauben hingegen nur 13 Prozent der Befragten.

Dennoch scheint es, als würden Nachhaltigkeitsthemen im Bewusstsein der Verbraucher derzeit eine kleinere Rolle spielen. Noch vor einem Jahr nannte fast jeder Zweite die Energieeffizienz als eines der drei wichtigsten Kriterien, die die Zahlungsbereitschaft bei einem Immobilienkauf bestimmen würden. Doch seitdem haben sich andere Aspekte in den Vordergrund geschoben. „Lage, Lage und nochmals Lage“ lauten dem Volksmund zufolge die drei wichtigsten Kriterien für den Wert einer Immobilie – und die Umfrageergebnisse spiegeln das: Auf den ersten drei Plätzen finden sich nun lagebezogene Aspekte wie Nahversorgung oder Verkehrsanbindung. Die Energieeffizienz der Wohnimmobilie rutscht auf den vierten Platz. Ein möglicher Grund dafür, dass die Nachhaltigkeit einer Wohnimmobilie als Werttreiber bei den Befragten in den Hintergrund gerückt ist, ist, dass es hierzulande noch keinen wirklichen Fahrplan zur Umsetzung der ambitionierten Ziele der EU-Kommission gibt.

Mit Zuckerbrot und Peitsche zum neuen Wohnen im Grünen

Die Ergebnisse unserer Verbraucherumfrage legen nahe, dass die grüne Wende am deutschen Wohnimmobilienmarkt erst Fahrt aufnehmen wird, wenn der Knall der von der EU-Kommission geschwungene Peitsche auch in Deutschland deutlich zu vernehmen ist. Ausreichen wird die bloße Vorgabe zum grünen Sanieren allerdings nicht – wer A sagt, muss auch B sagen, wer fordert, muss in diesem Fall auch fördern. Wenn der „Grünheitsgrad“ des deutschen Wohnimmobilienmarktes in den vor uns liegenden Jahren signifikant

steigen soll, dann braucht es zielgerichtete, verständliche und vor allem umfangreiche Förderungen sowie die Sicherheit, dass diese nicht von heute auf morgen gestoppt werden. Die grüne Wende am Wohnimmobilienmarkt ist unter deutschen Verbrauchern kein Herzensprojekt und wird vermutlich auch keines werden. Zu schwer wiegen die vielfältigen finanziellen Friktionen, die mit der grünen Sanierung einhergehen. Für das erfolgreiche Gelingen des Projektes braucht es also beides: Zuckerbrot, um die Hemmnisse grüner Investitionen abzubauen, und Peitsche, um die Investitionsaktivität überhaupt in Fahrt zu bringen.

Disclaimer

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING-DiBa („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern.

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING-DiBa wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING-DiBa hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.

Näheres zu unserer ING-Verbraucherumfrage

Ziel der mehrmals jährlich durchgeführten Umfrage ist es, zu einem besseren Verständnis für die finanzielle Entscheidungsfindung von Konsumenten zu gelangen. Die Umfrage wurde vom Ipsos Meinungsforschungsinstitut in Form einer Onlinebefragung durchgeführt. In Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Spanien und der Türkei wurden je ca. 1.000 Befragungen durchgeführt.